

Unterstützung für Prostituierte

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Dr. Wiegand,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

die Anordnung zur Schließung aller Prostitutionsstätten in Zeiten der weiteren Ausbreitung des Corona-Virus ist absolut zu begrüßen. Besonders im Bereich der Prostitution besteht eine hohe Ansteckungsgefahr und die dort Arbeitenden sind einem immensen Risiko ausgesetzt.

Viele Prostituierte kommen aus Rumänien, Bulgarien u.a. osteuropäischen Ländern. Die meisten von ihnen wohnen in den Unterkünften, in denen sie arbeiten. Möglicherweise werden sie auf Grund der Schließungen obdachlos und haben auch sonst keine finanziellen Mittel zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes. Des weiteren sind die meisten Prostituierten nicht krankenversichert und von daher kaum in der Lage, im Falle einer Erkrankung für die medizinische Behandlung aufzukommen.

Aus diesem Grund unsere Anfrage an Sie, als politisch Verantwortliche der Stadt Halle:

Welche Hilfen stehen diesen Frauen zur Verfügung, um die o.g. prekären Situationen abwenden zu können.

Sollten momentan noch keine Optionen zur Unterstützung für die genannte vulnerable Gruppe vorliegen, bitten wir Sie, schnellstmöglich Maßnahmen einzuleiten:

- zur Sicherung der Unterkünfte
- Gewährleistung einer medizinischen Versorgung
- finanzielle Unterstützung (Tagegeld o.ä.)
- die Ausgabe von Lebensmitteln und Bekleidung
- Beratungsangebote insbesondere hinsichtlich Ausstiegsmöglichkeiten für die Personen, die nicht mehr in die Prostitution zurück kehren wollen.

Wir bitten um eine Rückantwort.

Mit freundlichen Grüßen

Marion Tshipke, Elke Prinz, Christiane Straub

Sprecherinnen – Frauenpolitischer Runder Tisch in der Stadt Halle (Saale)